

INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]
Gesendet: Dienstag, 08. März 2011 16:28
An: Redaktion KRONENZEITUNG Salzburg; bettina.vollath@stmk.gv.at; innenpolitik@kurier.at; regina.radinger@statistik.gv.at; markus.schwabe@statistik.gv.at; guido.sommerbinder@statistik.gv.at; presse@statistik.gv.at; Zeilinger Maria, Dr.in
Betreff: Sammelmeldung 09.03.2011

Plattform EduCare

elementare und außerschulische Bildung

Informationsdienst<http://www.Plattform-EduCare.org>informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Mit heuer bislang € 3.105,00 haben Mitglieder, SympathisantInnen und SponsorInnen unsere Arbeit für SIE unterstützt – Danke!
(Stand per 08.03.2011 16:27)

Wir ersuchen alle Mitglieder, EmpfängerInnen des Informationsdienstes und SympathisantInnen,
unsere Arbeit für Sie mit einem finanziellen Beitrag zu unterstützen.

JEDE ZUWENDUNG IST FÜR UNS WICHTIG – EGAL IN WELCHER HÖHE!

Ein Richtwert für Private könnte etwa eine Zuwendung von € 50,00 sein: jeder andere Betrag ist uns selbstverständlich Hilfe und herzlich willkommen.

TrägerInnen-Einrichtungen und Institutionen sind ersucht, einen Betrag von € 100,00 aufwärts zu spenden. Auch hier gilt natürlich, dass wir auch über jeden darunter liegenden Beitrag froh sind.

**Konto-Nummer: 09726603500,
Bankleitzahl: 12000 Bank Austria Unicredit Group,
IBAN: AT94 1100 0097 2660 3500,
BIC: BKAUATWW.**

Wir danken Ihnen für Ihr Engagement im Vorhinein sehr herzlich!

Alle SponsorInnen und die privaten Zuwendungen finden Sie auf unserer [Homepage!](#)

ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES INFORMATIONSDIENSTES VOM 08.03.2011 16:27:26

[SALZBURG: DAS AUFBEGEHREN IN DEN KINDERGÄRTEN WEITET SICH AUS](#)

["Frauen werden schlechter bezahlt als Männer"](#)

["Lächerliche Erhöhung von 20 Euro brutto"](#)

[Im „Krone“-Interview - Widmann: "Müssen auf alle Fälle etwas verändern"](#)

[Neue Wege wegen akutem Mangel an Kindergärtnerinnen](#)

[Kindergarten-Hungerlohn: Widmann antwortet - ORF.at](#)

[DER STANDARD-KOMMENTAR "FRAUEN BRAUCHEN KEINE GNADENAKTE" VON ALEXANDRA FÖDERL-SCHMID - SONDERN GLEICHE CHANCEN, AUSREICHENDE KINDERBETREUUNG UND MÄNNER, DIE ANPACKEN - AUSGABE VOM 8.3.2011](#)

[ARMUTSKONFERENZ: KINDERBETREUUNG WIRKSAM GEGEN ARMUT](#)

[STEIRISCHE LR^{IN} DR.^{IN} BETTINA VOLLATH ANTWORTET AUF DEN OFFENEN BRIEF DER PLATTFORM EDUCARE „DER STEIRISCHE BEITRAG ZU 100 JAHRE INTERNATIONALES FRAUENTAG UND ZUM JAHR DER BILDUNG: KOSTENPFLICHTFÜR DIE BILDUNG DER 0-6JÄHRIGEN“](#)

["KURIER"-KOMMENTAR VON PATRICIA HALLER: "SPAREN BEI DEN FRAUEN" - WER GLAUBWÜRDIG FÜR DIE GLEICHSTELLUNG EINTRITT, KÜRZT NICHT BEI KINDERGÄRTEN.](#)

[BILDUNG IN ZAHLEN: STEIGENDES BILDUNGSNIVEAU BEI NIEDRIGER BILDUNGSBETEILIGUNG](#)

[In Österreich haben beinahe fünf von sechs Personen im Haupterwerbsalter eine Schulausbildung abgeschlossen, die über die Pflichtschule hinausgeht](#)

[Niedrige Bildungsbeteiligung, Schwerpunkt auf Berufsausbildung in Österreich](#)

[Regionale und soziale Herkunft wichtiger Faktor für Zugang zu höherer Bildung](#)

[Geschlechterverteilung: Frauen bei höherer Bildung in Überzahl](#)

[Über 40% verlassen Universität ohne Abschluss](#)

[Weiterführende Informationen](#)

[IMPRESSUM UND HINWEISE](#)

Salzburg: Das Aufbegehren in den Kindergärten weitet sich aus

Das Aufbegehren in Salzburgs Kindergärten weitet sich aus. Maria Zeilinger, zweifache Mutter, ausgebildete Kindergarten- und Horterzieherin, Obfrau der Berufsgruppe der Kinderpädagoginnen will nach jahrelangen ergebnislosen Verhandlungen endlich einen gerechten Lohn für ihre 1.300 Mitglieder erreichen. Die "Krone" sprach mit ihr über diese aktuelle Kampagne.

Mit vollem Titel ist sie "Obfrau der Berufsgruppe der Pädagoginnen in den Kinderbetreuungseinrichtungen Salzburgs". Sie war einst selbst "Kindergärtnerin" und studierte dann Erziehungswissenschaften. Doch "Fortbildung allein genügt nicht, es müssen auch die Rahmenbedingungen stimmen", prangert Maria Zeilinger die derzeitige Situation in Salzburg an.

"Frauen werden schlechter bezahlt als Männer"

Seit der Neugründung der Berufsgruppe im Jahr 2006 wird verhandelt: Es geht um Dienst- und Besoldungsrecht, die Gruppengröße und die konkreten Ziele. "Frauen werden schlechter bezahlt als Männer", klagt die Obfrau, "das sieht man bei der nicht entsprechenden Belohnung in den Kindergärten." So verdienen Pädagoginnen um 200 Euro weniger als Gemeindebedienstete mit Matura.

Zeilinger steckt die Ziele ihrer Mitarbeiterinnen genau ab: "Wir haben die Aufgabe, die Begabung von Kindern im Lebensalter zwischen drei und sechs Jahren zu unterstützen, ein positives Selbstkonzept zu erreichen, es möglich zu machen, dass die Kinder mit emotionaler und sozialer Stärke in die nächste Phase des Lebens gehen und für alle Lernbereiche offen sind. Deshalb fordern wir Gerechtigkeit beim Gehalt. Immer wieder müssen wir die Frage stellen: Was ist dem Staat die Bildung wert, welche Prioritäten setzen wir?"

Anders ist die Situation in Niederösterreich. Eine Kindergartenpädagogin verdient im Landesdienst nach fünf Jahren 2.308,80 Euro brutto, deshalb wechseln viele von Wien ins Umland. So fehlen in der Bundeshauptstadt derzeit rund 600 Pädagoginnen. Der Andrang ist so groß, dass sich werdende Mütter sogar mit dem Ultraschallbild ihres Babys anmelden, um sicher einen Platz zu bekommen.

"Lächerliche Erhöhung von 20 Euro brutto"

Die Plattform ["EduCare"](#) unterstützt "den Aufschrei der Salzburger Kolleginnen" und appelliert an die Salzburger Landesregierung "die lächerliche Erhöhung von 20 Euro brutto im Monat deutlich zu verbessern".

http://www.krone.at/Salzburg/Das_Aufbegehren_in_den_Kindergaerten_weitet_sich_aus-Fuer_gerechten_Lohn-Story-249791

Im „Krone“-Interview - Widmann: "Müssen auf alle Fälle etwas verändern"

Salzburgs Landesrätin Tina Widmann ist im Zivilberuf Pädagogin für politische Bildung an Volks- und Hauptschulen. Im "Krone"-Interview spricht sie über realistische Gehaltsforderungen, den Personalstand bei den Kinderpädagoginnen und darüber, dass Geld allein nicht alles ist.

"Krone": Frau Dr. Widmann, sind Kindergartenpädagoginnen zu schlecht bezahlt?

Tina Widmann: Wir müssen auf alle Fälle etwas verändern, und zwar nach oben. Damit gehe ich in die Budgetverhandlungen.

"Krone": Es geht angeblich auch um zu viel Urlaub.

Widmann: Der steht nicht allen zu, aber zwei bis drei Wochen Zusatzurlaub zu Weihnachten oder Ostern könnten ein Teil des Pakets sein. Die Verhandlungen sind jedenfalls gerechtfertigt. Ich möchte eine Schneise durch diesen undurchsichtigen Dschungel schlagen und die Zuständigkeiten zwischen Gemeinden und Land übersichtlich machen.

"Krone": Haben Sie mit Dr. Maria Zeilinger überhaupt schon gesprochen?

Widmann: Natürlich, wir haben zwei Stunden in meinem Büro verhandelt und sind überein gekommen: Das Gesetz braucht eine Novellierung.

"Krone": Sind 2.200 Euro als Ziel realistisch?

Widmann: Eher nein. Das Gehalt für Einsteigerinnen bewegt sich zwischen 1.750 und 1.848 Euro brutto.

"Krone": Aber der Unterschied zu anderen Gemeindebediensteten ist gewaltig.

Widmann: In der Lebensverdienst- Kurve geht es da um rund 100.000 Euro, das ist schon sehr viel.

"Krone": Ist Geld alles?

Widmann: Nein, die Rahmenbedingungen müssen verändert werden. Den Pädagoginnen geht es um die Gruppengröße, derzeit 25 Kinder, um mehr Sprachförderungen und um interkulturelle Betreuungen.

"Krone": Wie viel Personal fehlt denn aktuell?

Widmann: Insgesamt 32, davon in der Stadt 18. Deshalb wollen wir Wieder- Einsteigerinnen fördern.

H.P. Hasenöhr, Kronen Zeitung

http://www.krone.at/Salzburg/Widmann_Muessen_auf_alle_Faelle_etwas_veraendern-Im_Krone-Interview-Story-249793

Neue Wege wegen akutem Mangel an Kindergärtnerinnen

Der Gratiskindergarten und die damit verbundene Aufstockung neuer Plätze haben zu einem akuten Mangel an Kindergärtnerinnen geführt. Auch die Änderung des Karenzgeldes hat bewirkt, dass Mütter ihren Nachwuchs schneller als früher der Fremdbetreuung überlassen. So fehlen derzeit etwa 600 Pädagoginnen. Mit der Arbeitsmarktöffnung am 1. Mai könnten nun Pädagoginnen aus dem Osten "importiert" werden.

Insgesamt sind derzeit rund 59.000 Mädchen und Buben in städtischen und privaten Einrichtungen untergebracht. Sie werden derzeit von zusammen 8.000 Kindergärtnerinnen betreut.

"Der Andrang ist so groß, dass sich werdende Mütter sogar mit dem Ultraschallbild ihres Babys anmelden, um sicher einen Platz zu bekommen", berichtet eine Mitarbeiterin der Kinderfreunde.

Lohn- Dumping im privaten Bereich?

Besonders in den Krippen herrscht große Nachfrage. Ein privater Betreiber lässt sogar mit der Idee aufhorchen, Betreuerinnen aus Ungarn anzustellen. Mit der Arbeitsmarktöffnung am 1. Mai wird dies möglich sein, Voraussetzung sind natürlich ausgezeichnete Deutschkenntnisse. Die Ausbildung müssen sich die Kindergärtnerinnen beim Jugendamt anrechnen lassen. Hoffentlich erwartet die Branche kein Lohn- Dumping im privaten Bereich.

Auch bei der Stadt ist man nicht abgeneigt, Personal aus Osteuropa anzuwerben, obwohl derzeit 804 Pädagogen - darunter befinden sich auch schon Männer - in Ausbildung sind. Besonders bei krankheitsbedingten Ausfällen wird es eng. Unterstützung gibt es durch Assistentinnen. "Wir können die Betreuung der Kinder derzeit zwar sicherstellen, brauchen aber weiterhin zusätzliches Personal", heißt es von Seiten der Stadt.

von Martina Münzer, Kronen Zeitung

http://www.krone.at/Salzburg/Neue_Wege_wegen_akutem_Mangel_an_Kindergaertnerinnen-Import_aus_Ungarn-Story-249760

Kindergarten-Hungerlohn: Widmann antwortet - ORF.at

Im Konflikt um höhere Gehälter für Kindergärtnerinnen verteidigt sich Landesrätin Tina Widmann (ÖVP) gegen Vorwürfe des Berufsverbandes. Ihr seien die Hände gebunden, weil in Salzburg die Pädagoginnen von Gemeinden bezahlt würden. ...

DER STANDARD-KOMMENTAR "Frauen brauchen keine Gnadenakte" von Alexandra Förderl-Schmid - Sondern gleiche Chancen, ausreichende Kinderbetreuung und Männer, die anpacken - Ausgabe vom 8.3.2011

Wien (ÖTS) - Solange Frauen sich fragen lassen müssen, warum sie als Frau eine Spitzenposition erreicht haben, gibt es ein Problem. Diese Frauen werden auch gefragt, ob sie Kinder haben - und wenn, wie sie das mit ihrem Job vereinbaren können. Solange solche Fragen gestellt werden und die Eroberung eines Chefsessels durch eine Frau eine Eilt-Meldung wert ist, sind wir von Gleichberechtigung noch weit entfernt. Denn Männer müssen Führungspositionen nicht rechtfertigen und sich nicht outen, wie viel Zeit sie für ihren Nachwuchs aufwenden.

Die Veranstaltungsflut mit Frauenbezug rund um den 8. März und die auf diesen Tag zentrierte mediale Berichterstattung ist ein Verkill des Gutgemeinten. Wie beim Muttertag: Da muss man durch! Die Bemühungen werden überdies durch marktschreierische Beschreibungen konterkariert, wenn etwa der ÖRF Befragte gleich als "Starkolumnistin" oder "Jahrhundert-Musikerin" anpreist. So als ob sich der ÖRF für seinen Frauenschwerpunkt rechtfertigen müsste. Die inzwischen auch in Österreich mit EU-Unterstützung angelaufene Diskussion um Quotenregelungen jenseits der Politik löst nicht die praktischen Probleme. Dass mehr Frauen in Aufsichtsräten sitzen, ist ein hehres Ziel. Aber erstens ist das Projekt selbst in staatlichen Unternehmen mit Ziel 2018 sehr langfristig angelegt. Zweitens wird man ohne Sanktionen für Unternehmen oder finanzielle Anreize nicht weit kommen. Drittens werden die operationellen Entscheidungen nicht im Aufsichtsgremium getroffen. Viertens: An der Lebens- und Arbeitssituation fast aller Frauen ändert sich rein gar nichts, wenn in Aufsichtsräten mehr Frauen sitzen.

Frauen brauchen keine Gnadenakte, sondern Rahmenbedingungen und konkrete Hilfestellungen, die Karriere, Kinderkriegen und Familienleben ermöglichen. Frauen kämpfen sich dank besserer Ausbildung immer weiter nach oben, es drängen qualifizierte Junge nach - vor allem Frauen mit Migrationshintergrund.

Frauen müssen die gleichen Chancen wie Männer bekommen und in gleicher Position das Gleiche bezahlt bekommen. Selbst wenn man alle erklärbaren Unterschiede wie Alter, Beschäftigungsdauer, Teilzeit oder Branchen berücksichtigt, erhalten Frauen in Österreich um 18 Prozent weniger Stundenlohn als Männer. Das ist ein Skandal. Daran

wird auch die gut gemeinte Einkommenstransparenz wenig ändern, solange nicht Firmen für Ungleichbehandlung mit Strafe rechnen müssen, sondern Betroffene, die Gehaltsinformationen weitergeben. Knackpunkt ist und bleibt die Kinderbetreuung: Wer zu wenig Betreuungsmöglichkeiten für unter Dreijährige anbietet, gibt Frauen keine Chance, überhaupt einer bezahlten Beschäftigung nachzugehen. In Österreich gibt es nur für 15,8 Prozent der Kinder dieser Altersgruppe eine Betreuungsmöglichkeit, vom EU-Ziel 33 Prozent ist man meilenweit entfernt. In Belgien und Frankreich ist jedes zweite Kleinkind in einer Krippe oder einem Kindergarten, und arbeitende Frauen gelten dort nicht als "Rabenmütter". Das einkommensabhängige Kindergeld reduziert die Ausreden für Männer, warum sie nicht in Karenz gehen können. Aber es ist nicht nur Sache der Frauen, sich um kranke Kinder oder Angehörige zu kümmern und Pflegeurlaub zu beantragen.

Vielleicht braucht man den Frauentag nur deshalb, um wieder einmal aufzuzeigen, dass Gleichberechtigung immer noch vielfach bloße Rhetorik ist.

Rückfragehinweis:

Der Standard

Tel.: (01) 531 70 DW 445

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/449/aom>

*** □TS-□RIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTW□RTUNG DES AUSSENDERS - WWW.□TS.AT ***

Armutskonferenz: Kinderbetreuung wirksam gegen Armut

Wien, 07.03.2011 (KAP) Die Armutskonferenz hat an die heimischen Bundesländer appelliert, bei der Kinderbetreuung nicht zu sparen. "Gute Kinderbetreuung hilft: Gegen Armut von Frauen und gegen Kinderarmut", so die Armutsbewegung in einer Aussendung am Montag anlässlich des internationalen Frauentags (8. März). Insgesamt entstehe durch eine gute Kinderbetreuung eine "Win-win-Situation" zwischen Familieneinkommen, Arbeitsplätzen, der Frühförderung von Kindern und einer Entlastung der Eltern.

Für die Zukunft der Gesellschaft kann Geld nicht sinnvoller eingesetzt werden als bei der Frühförderung der Kinder, hielt die Armutskonferenz fest. So berge etwa das Alter zwischen drei und sechs Jahren große Chancen, sozial benachteiligte Kinder spielerisch und individuell zu fördern. Eine integrative Pädagogik sei in dieser Phase ein schützender und stärkender Faktor für das Selbstbewusstsein der Kinder und helfe, die in den Kindern angelegten Möglichkeiten zu entfalten. So könne mit einfachen Maßnahmen etwas gegen die Vererbung von Armut unternommen werden.

Die Armutskonferenz mahnte auch Reformen im föderalen System ein. Neun unterschiedliche Regelungen seien in vielen Fällen sachlich nicht begründbar. Das betreffe aber nicht nur die Kinderbetreuung sondern beispielsweise auch die neun unterschiedlichen Jugendwohlfahrtsgesetze.

<http://www.kathweb.at/site/nachrichten/database/37926.html>

Steirische LRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Bettina Vollath antwortet auf den offenen Brief der Plattform EduCare „Der steirische Beitrag zu 100 Jahre internationales Frauentag und zum Jahr der Bildung: KOSTENPFLICHTFÜR DIE BILDUNG DER 0-6JÄHRIGEN“

Von: Vollath Bettina [mailto:bettina.vollath@stmk.gv.at]

Gesendet: Montag, 07. März 2011 18:32

An: 'Plattform EduCare, Steuerteam'

Betreff: AW: Der steirische Beitrag zu 100 Jahre internationales Frauentag und zum Jahr der Bildung: KOSTENPFLICHTFÜR DIE BILDUNG DER 0-6JÄHRIGEN

Sehr geehrte Damen und Herren der Plattform EduCare!

Vielen Dank, dass Sie sich in dieser Offenheit direkt an mich wenden.

Der kostenfreie Zugang zum Kindergarten ist und bleibt ein wichtiges bildungspolitisches Ziel, da sind wir uns einig. Für die untersten Einkommensschichten bleibt dieser in der Steiermark auch weiterhin erhalten. Nicht aus Begeisterung, sondern aus budgetpolitischen Zwängen führt die Steiermark nun ein sozial gestaffeltes Beitragssystem ein. Lassen Sie mich bitte kurz erläutern, warum ich als amtierende Finanzreferentin hinter dieser von Landesrätin Grossmann gesetzten Maßnahme stehe, auch wenn ich es mir natürlich viel lieber gewesen wäre, wenn wir diesen Schritt nicht setzen hätten müssen.

Die Steiermark steht vor der außerordentlichen Kraftanstrengung einer Budgetsanierung, die in allen Ressorts der Regierung wesentliche Beiträge erfordert. Alle Maßnahmen, die das Land setzt und die durch die laufenden Einnahmen nicht gedeckt werden können, führen zwangsläufig zu einer Erhöhung der Verschuldung der Steiermark.

Ganz abgesehen davon, dass es in meinen Augen nicht zulässig ist, nachfolgenden Generationen Schuldenberge zu hinterlassen, muss Österreich als Mitglied der EU auch den europäischen Stabilitätspakt erfüllen und ist daher auf allen Ebenen (Gemeinden, Länder, Bund) in der Höhe der jährlichen Neuverschuldung begrenzt. Wird dieser „Pakt“ nicht erfüllt, werden Sanktionszahlungen vorgeschrieben, die das Budget weiter belasten würden. Auch die Zinsen, die für die Neuverschuldungen natürlich zusätzlich anfallen würden, belasten die Budgets und würden die Beweglichkeit in den jährlichen Haushalten weiter einschränken.

Es macht daher gerade auch für die steirischen Familien Sinn, diese Situation in den Griff zu bekommen und die Steiermark für unsere Kinder zukunftsfähig zu erhalten. Es schmerzt mich sehr, dass wir diesen Beitrag (etwas relativiert durch die steuerliche Absetzmöglichkeit von Kinderbetreuungskosten bis zu € 2300 pro Kind und Jahr) von den steirischen Familien erbitten müssen, auf Landesebene sind wir aber leider, da die Steuerhoheit beim Bund liegt, bei der Sanierung auf die Ausgabenseite beschränkt.

Durch die Einführung des Gratiskindergartens wurde in der Steiermark in den vergangenen drei Jahren der Ausbau von Kindergartenplätzen massiv vorangetrieben - dieser positive Aspekt bleibt ja glücklicherweise erhalten und hat zur Folge, dass die erforderlichen Plätze für alle Drei- bis Fünfjährigen nun nahezu zu 100 % vorhanden sind. Und auch im Bewusstsein dafür, dass der Kindergarten nicht lediglich Betreuungsfunktion hat, sondern eine wesentliche elementare Bildungseinrichtung darstellt, hat sich durch die intensive Diskussion in den vergangenen drei Jahren sehr viel zum Besseren gewandt. Die nun aus budgetären Gründen notwendige Maßnahme

der Einhebung eines sozial gestaffelten Elternbeitrages ist ein herber Rückschlag, darüber gibt es nichts zu diskutieren. Der kostenfreie Zugang zur Bildungseinrichtung Kindergarten bleibt aber weiter eine wesentliche politische Forderung an den Bund.

Ich darf Sie auch darauf hinweisen, dass die Steiermark trotz dieser für das Landesbudget kostendämpfenden Maßnahme im Kindergartenbereich in den kommenden Jahren deutlich mehr für den Bereich der elementaren Bildung ausgeben wird als in den Jahren vor der Einführung des Gratiskindergartens. Von einem „bildungs- und sozialpolitischen Kahlschlag“ kann man aus steirischer Sicht daher bestimmt nicht sprechen.

Mit herzlichen Grüßen,

Bettina Vollath

→ Bezug: <http://www.plattform-educare.org/Presse-05.03.2011-Steiermark.htm>

"KURIER"-Kommentar von Patricia Haller: "Sparen bei den Frauen" - Wer glaubwürdig für die Gleichstellung eintritt, kürzt nicht bei Kindergärten.

Wien (OTS) - Wozu Gleichstellungspolitik? Die heute unstrittige Antwort darauf: Damit Frauen ihr Leben materiell unabhängig, gut planbar, gestalten können - für sich und oft für ihre Kinder nach Trennungen.

Welchen Stellenwert dieses Ziel in der Politik hat, zeigen zwei Beispiele.

Erstens: Die Steiermark muss sparen. Was wird gestrichen? Der Gratiskindergarten für drei bis 6-Jährige, der es vielen Frauen erleichtert oder erst ermöglicht hat, zu arbeiten.

Zweitens: Die Koalition hat vor der Krise den Ausbau von Kindergärten samt besseren Öffnungszeiten angekündigt. Was war nach der Krise? Das Milliarden-Sparbudget.

Darin fehlten 15 Millionen Euro für Kindergarten-Förderung.

Was lernen wir daraus? Sobald es ums Sparen geht, zahlen die Frauen drauf. Schließlich machen mehr Frauen am Arbeitsmarkt den Männern Konkurrenz. Lauter Protest von PolitikerInnen war nicht sofort zu vernehmen.

Da zählt Regierungs- und Parteiräson offenbar mehr.

Der 100. Frauentag ist ab heute Geschichte. Die Nachteile, die Frauen im Arbeits- und Wirtschaftsleben haben, bleiben Zukunft.

Zukunft hat heute deshalb mehr denn je ein Credo von Johanna Dohnal: "Aus taktischen Gründen leisezutreten, hat sich noch immer als falsch erwiesen."

Rückfragehinweis:

KURIER, Innenpolitik

Tel.: (01) 52 100/2649

<mailto:innenpolitik@kurier.at>

www.kurier.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/129/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Bildung in Zahlen: Steigendes Bildungsniveau bei niedriger Bildungsbeteiligung

Wien, 2011-03-08 – Wie aus der aktuellen Ausgabe der Publikation "Bildung in Zahlen" von Statistik Austria hervorgeht, haben in Österreich beinahe fünf von sechs Personen im Haupterwerbsalter eine Schulausbildung abgeschlossen, die über die Pflichtschule hinausgeht – Anfang der 1980er Jahre waren es nur knapp über die Hälfte. Die Bildungsbeteiligung der über 15-Jährigen ist jedoch im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich. Analysen von Statistik Austria zeigen, dass ausschlaggebende Faktoren für den Bildungsverlauf und das Bildungsniveau die soziale und regionale Herkunft, das Geschlecht einer Person sowie frühe Richtungsentscheidungen an den Weichenstellungen unseres Bildungssystems sind.

In Österreich haben beinahe fünf von sechs Personen im Haupterwerbsalter eine Schulausbildung abgeschlossen, die über die Pflichtschule hinausgeht

Im internationalen Vergleich ist der Anteil der Bevölkerung mit bloßer Pflichtschulausbildung unter den 25- bis 64-Jährigen in Österreich mit nur 17,4% im Jahr 2008 vergleichsweise niedrig. Im Durchschnitt der zur OECD gehörenden EU-Staaten (EU19) liegt dieser Anteil um mehr als 10 Prozentpunkte höher (27,9%). 1981 betrug der Anteil der Bevölkerung mit bloßer Pflichtschulausbildung in Österreich noch 46,0%.

Traditionell deutlich unter dem EU19-Schnitt liegt Österreich hingegen bei den Tertiärabschlüssen, wozu bei internationalen Vergleichen neben Hochschul- und Kollegabschlüssen auch Meister- und Werkmeisterabschlüsse zählen. Im Sinne dieser Klassifikation konnten im Jahr 2008 18,1% der österreichischen Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren einen Tertiärabschluss vorweisen. Im EU19-Schnitt verfügte allerdings sogar rund jede vierte Person dieser Altersgruppe (25,3%) über einen Tertiärabschluss.

Niedrige Bildungsbeteiligung, Schwerpunkt auf Berufsausbildung in Österreich

Von den in Österreich lebenden 15- bis 19-Jährigen besuchten 2008 nur 79,1% eine Schule. Damit liegt Österreich unter dem Durchschnitt der EU19-Länder (84,9%). Auch in der Altersgruppe der 20- bis 29-Jährigen liegt Österreich mit einer Bildungsbeteiligung von 22,5% unter dem Durchschnitt der EU19-Länder (25,1%).

Auffallend ist im internationalen Vergleich der ungewöhnlich hohe Anteil von Jugendlichen (77,1%), die hierzulande bereits in der Sekundarstufe II in einer berufsbildenden bzw. berufsvorbereitenden Ausbildung stehen – ein Ausdruck des stark berufsorientierten Bildungssystems in Österreich.

Regionale und soziale Herkunft wichtiger Faktor für Zugang zu höherer Bildung

Der Anteil der 15- bis 19-jährigen Personen, die eine zur Reifeprüfung führende Ausbildung besuchen, ist regional sehr unterschiedlich. Am höchsten ist er in bestimmten Wiener Gemeindebezirken wie dem 13. Bezirk (61,5%), dem 1. Bezirk (58,7%) sowie dem 4. (57,0%), 8. (56,6%) und 18. Bezirk (55,3%), in Städten wie Eisenstadt (61,3%) und Klagenfurt (52,4%) und in Stadtumlandbezirken wie Mödling (55,3%). Die anteilmäßig

wenigsten Schülerinnen und Schüler in höheren Schulen finden sich in den Tiroler Bezirken Schwaz (25,0%) und Kufstein (28,4%) und in Zell am See (28,5%).

Deutliche regionale Unterschiede zeigen sich auch beim Hochschulbesuch. Der Anteil der Studierenden unter der 20- bis 26-jährigen inländischen Bevölkerung lag im Wintersemester 2009/10 in Wien bei über 60%, in Vorarlberg jedoch bei unter 30%.

Die Beteiligung an höherer Bildung ist weiters stark durch die soziale Herkunft bestimmt: Lediglich 6,5% der Studierenden kommen aus Familien, in denen beide Elternteile höchstens einen Pflichtschulabschluss aufweisen. Der Anteil der Studierenden, die aus reinen Akademikerfamilien stammen, beträgt jedoch 17,8%.

Geschlechterverteilung: Frauen bei höherer Bildung in Überzahl

Schon in der Unterstufe sind in AHS etwas mehr Mädchen (51,9% im Schuljahr 2009/10) als Burschen zu finden. In der oberen Sekundarstufe werden dann nur Berufsschulen von mehr Burschen (65,2%) als Mädchen besucht. In höheren, zur Matura führenden Schulen sind dagegen die Mädchen in der Mehrheit – sowohl in der AHS-Oberstufe (56,9% Mädchen) als auch bei berufsbildenden höheren Schulen (50,9%), während in lehrer- und erzieherbildenden Schulen (Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik bzw. Sozialpädagogik) seit jeher fast ausschließlich Mädchen zu finden sind (95,1%). Demzufolge legen auch weit mehr Mädchen eine Reifeprüfung ab (57,2%, ohne Kollegs), und auch bei Studienabschlüssen an öffentlichen Universitäten sind Frauen klar in Überzahl (55,6%). Beim höchsten Bildungsabschluss, dem Doktorat, liegen aber mit 57% wieder die Männer vor den Frauen (43%).

Über 40% verlassen Universität ohne Abschluss

Über die Hälfte der österreichischen Maturantinnen und Maturanten wechselt innerhalb der folgenden drei Semester an eine öffentliche Universität (2008: 50,7%). Hinzu kommen Übertritte an Privatuniversitäten, Pädagogische Hochschulen und Fachhochschulen, sowie Personen, die ihr Studium erst später beginnen. Nicht alle bringen das angefangene Studium aber auch zu Ende. Von den Erstimmatrikulierten des Wintersemesters 1999/00 haben nur 44,4% innerhalb von 10 Jahren ein Studium abgeschlossen. 40,3% haben zu diesem Zeitpunkt ihr Studium bereits abgebrochen oder zumindest unterbrochen. 12,3% studierten noch, ohne bislang einen Abschluss erworben zu haben. Studienabbrüche erfolgen oft frühzeitig – 15,4% der Erstimmatrikulierten des Wintersemesters 1999/00 haben innerhalb des ersten Studienjahres ihr Studium abgebrochen, innerhalb der ersten zwei Jahre war es bereits knapp ein Drittel (31,2%).

Weiterführende Informationen

Publikation [Bildung in Zahlen 2009/10 – Schlüsselindikatoren und Analysen](#),

Publikation [Bildung in Zahlen 2009/10 – Tabellenband](#)

Methodische Informationen, Definitionen:

Bildung in Zahlen ist eine jährlich erscheinende Publikation von Statistik Austria und präsentiert in übersichtlicher Form Ergebnisse und Analysen zu allen Bereichen des österreichischen Bildungssystems.

EU19: Für einige internationale Indikatoren wurde der EU19-Durchschnitt berechnet. Dies entspricht dem ungewichteten Mittel der 19 OECD-Staaten, welche gleichzeitig Teil der EU-27-Staaten sind.

Sekundarabschluss: Unter Sekundarabschluss werden die Abschlüsse einer allgemein bzw. berufsbildenden höheren Schule, Lehrabschlüsse sowie die Abschlüsse einer mehrjährigen

berufsbildenden mittleren Schule zusammengefasst.
Tertiärabschluss: Die Abschlüsse des Tertiärbereichs (Universitäten, Fachhochschulen, Pädagogische Hochschulen, Akademien und Kollegs) werden zusammenfassend als Tertiärabschlüsse bezeichnet. Werkmeister- und Meisterabschlüsse werden bei internationalen Vergleichen dem Tertiärbereich zugeordnet.

Rückfragen zum Thema beantworten in der Direktion Bevölkerung, Statistik Austria:
Mag. Regina RADINGER, Tel. +43 (1) 71128-7457 bzw. regina.radinger@statistik.gv.at
Dr. Markus SCHWABE, Tel. +43 (1) 71128-7446 bzw. markus.schwabe@statistik.gv.at
MMag. Guido SOMMER-BINDER, Tel. +43 (1) 71128-7349 bzw. guido.sommer-binder@statistik.gv.at

Medieninhaber, Hersteller und Herausgeber:
Bundesanstalt Statistik Österreich, Redaktion: Mag. Beatrix Tomaschek
1110 Wien, Guglgasse 13, Tel.: +43 (1) 71128-7851, Fax: +43 (1) 71128-7088
presse@statistik.gv.at © STATISTIK AUSTRIA

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen

Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten

Wir verarbeiten sie streng vertraulich: Informationspool@Plattform-EduCare.org

Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns – danke!

Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.